

R 5495a**Steuergesetz SV17 (Replik)**

Frau Präsidentin, Herr Regierungsrat

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Man merkt, der Kollege Boesch ist mitten im Wahlkampf, das sei ihm nachzusehen. Aber der Vorwurf der Nichtkompromissfähigkeit, der muss hier schon nochmals schnell thematisiert werden, denn diesen möchte ich doch von mir weisen, dass wir nicht kompromissfähig gewesen wären.

Es ist so, es wurde in der Debatte gesagt: Es gibt einen Kompromiss zwischen Kanton Zürich und Stadt Zürich, was diese Vorlage betrifft. Das ist auch gut und recht so, Daniel Leupi hat für die Stadt Zürich sehr gut verhandelt. Als Mitglied einer städtischen Exekutive bin ich ihm auch dankbar dafür, dass er für die Gemeinden gut verhandelt hat. Nur, das mag Sie jetzt überraschen: Wir sind nicht die Stadt Zürich, und die Stadt Zürich hat kein Verhandlungsmandat von uns. Wir sind es gewohnt, unsere Kompromisse selber auszuhandeln. Und wir handeln diese Kompromisse nicht mit der Regierung aus, sondern wir handeln diese Kompromisse mit Ihnen aus. Und wo handeln wir diese Kompromisse aus? Wir handeln sie in der Kommission aus. Aber da hat sich gezeigt, Sie haben sich von Anfang an auf diesen Kompromiss zwischen Stadt Zürich und Kanton Zürich versteift, sodass nichts mehr zu machen war. Aber das reicht nicht. Die Stadt Zürich hat für ihre Interessen verhandelt. Wir haben dafür verhandelt, dass es eine

ausgewogene Vorlage gibt, eine Vorlage mit Augenmass, mit sozialer Ausbalancierung, und das haben Sie von Anfang an nicht gewollt.

Dann zu Ihrer Aussage, Hans-Jakob Boesch, dass durch die Erhöhung des Kantonsanteils bei den Ergänzungsleistungen die Gemeinden ja dann mehr Mittel hätten, um etwas im Interesse der Bevölkerung zu tun. Mit Verlaub, das ist blanker Unsinn. Fakt ist, dass durch die Erhöhung des Kantonsanteils an den Zusatzleistungen die Steuerausfälle nicht ganz so gross sind, wie sie ansonsten wären. Aber für praktisch alle Gemeinden ist es unter dem Strich ein Verlustgeschäft. Wie dann mehr für die Bevölkerung möglich sein soll, wenn die Gemeinden weniger in der Kasse haben, das ist eine Logik; da wundere ich mich, dass Sie sich als Wirtschaftsvertreter für solche Spielereien oder Rechnereien hergeben und dann noch behaupten, Sie verstünden etwas von Wirtschaft.

Dann noch zu Hans Heinrich Raths: Er hat gesagt, es gehe um die Standortqualität und wir fokussierten nur auf die Steuern. Mir scheint, es sei umgekehrt, lieber Hans Heiri Raths. Ihr solltet doch endlich mal das Fazit des Steuermonitors zur Kenntnis nehmen, das der Finanzdirektor jedes Jahr präsentiert. Ich zitiere: «Engt man die Diskussion ein und konzentriert sich rein auf die Wettbewerbsfähigkeit durch eine tiefe Steuerbelastung» – das ist das, was ihr tut –, «besteht die Gefahr, trotz dieser Steuerbelastung aufgrund anderer Faktoren an Attraktivität zu verlieren. Gerade der Kanton Zürich mit seiner hervorragenden Positionierung bei vielen dieser Faktoren

sollte und muss sich nicht auf die Steuerbelastung allein verlassen.» Das ist Standortqualität, das hat mit Standortwettbewerb zu tun. Ihr fokussiert nur immer auf den Steuerwettbewerb, das ist ein Unterschied.

Mit dieser Vorlage – wie mit allen anderen Vorlagen und Wünschen, die von Ihrer Seite zurzeit in der Kommission pendent sind, die sich für den Kanton Zürich auf etwa 1 Milliarde Franken an Steuerausfällen jährlich summieren – und dann nochmals so viel bei den Gemeinden –, mit Ihrem Fokus auf eine möglichst tiefe Steuerbelastung reissen Sie grosse Löcher in den Finanzhaushalt und gefährden damit die anderen, ebenso wichtigen Standortfaktoren.

Darum nochmals: Die SP ist der Meinung, ja, wir brauchen eine Reform, wir bieten Hand zu einer Reform. Wir sind sogar bereit, dafür gewisse Ausfälle in Kauf zu nehmen – das zeigen unsere Anträge in der Detailberatung –, aber unter dem Strich muss es eine Reform mit Augenmass sein, und diese Reform ist es nicht. Ich danke Ihnen.